

Protokoll Ratssitzung

am 19. März 2011 in Frankfurt,
DGB-Haus, 11.00 –17.00 Uhr

Anwesend:

Hermann Gendrisch, Timo Kunze (Bundesbüro), Sarah Kreuzberg (Bundesbüro), Marlene Werfl, Andreas Beldowski, Kay Schulze (Bundesbüro), Thomas Eberhardt-Köster, Jutta Sundermann, Deborah Ruggieri, Elke Michauk, Sami Atwa, Eva Stilz, Eberhard Heise, Bruno Marcon, Jürgen Asche, Sophie Froß, Mike Nagler, Jens Eickschen (AG Demokratienotstand), Giuliana Giorgi, Klaus Hering, Franz Eschbach, Gudrun Reiß, Lony Ackermann, Roland Süß, Hanni Gramann, Martin Uebelacker, Peter-Ulrich Peters, Werner Rätz, Roland Klautke, Genoveva Brandenburger, Bruno Kern (Gast Attac Mainz), Theo Tekaas (Gast Attac Mainz), Wolfgang Schäfer (Gast Attac Mainz), Kris Kunst (Gast Attac Mainz), Detlev v. Larcher, Mike Pflugrath, Stefan Lindner, Roman Haug,

Protokoll:

Giuliana Giorgi, überarbeitet von der Rats-VG

Moderation:

Andrea Vetter (vormittag), Stefan Lindner und Roman Haug (nachmittag)

Begrüßung / Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vorgestellt und verabschiedet

Schwerpunktthema: „Neue Partizipationsformen und direkte Demokratie“

Inputs von Alex Demirovic (FU Berlin, wiss. Beirat), Daniel Schily (Mehr Demokratie e.V.) und Oliver Richters (Transition Town Bewegung)

Positionen

Alex: attac soll 2012 die Generalstände einberufen.

Daniel Schily: Wir brauchen eine neue Gewalt: die Konsultative. Direkte Demokratie auf allen Ebenen stärken - wohlwissend, dass das auch Gefahren birgt. z.B. wenn die Linke sagt: „Wir machen eine Schlichtung“, dann aber der Staat entscheidet.

Gerhard Hefner (Mehr Demokratie) spricht von der „Aktionsinitiative Volksgesetzgebung jetzt“

Oliver Richters: „Peak oil, peak everything“ Die TT-Bewegung propagiert: 1. Resilience (Toleranz eines System gegenüber Störungen, Widerstandsfähigkeit), 2. Wandel. Ziel: Autarkie 2030.

Diskussion

- eine Versammlung der sozialen Bewegungen einberufen
- wir haben eine Mediendiktatur. Generalstände einberufen, die eine Verfassung verabschieden!
- partizipative Demokratie ist ein Lernprozess, den die Menschen durchmachen, wenn sie Teile der Daseinsvorsorge in die eigene Hand nehmen (Energie, Wohnungen, Ernährung, Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur). Wenn sie die Erfahrung machen, dass sie es können, entsteht eine neue Kultur der basisdemokratischen Partizipation, ein neues kollektives Bewusstsein. Das geschieht punktuell bereits. (Anstoßen!) Die TT-Bewegung arbeitet ebenfalls daran.
- Aufklärung und Demokratie und der Sieg über den Feudalismus in Europa ist

einhergegangen mit der Nutzung von fossiler Energie. Wie wird sich dann aber der peak oil auf demokratische Systeme auswirken?

- Die in Art. 14 II des Grundgesetzes verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums muss neu definiert und um die ökologische Komponente ergänzt werden.

Hinweis:

Die Inputs und die Diskussion stehen als download im Internet unter:

<http://www.youtube.com/watch?v=IPf34HDEZXw>

Lage in Japan

Die Erklärung vom Kokreis zur atomaren Katastrophe in Japan „**Die atomare Renditejagd muss gestoppt werden**“ wird besprochen.

- Forderung nach Vergesellschaftung der Banken; Banken dürfen auch im Ausland Atomenergie nicht mehr fördern. Auch keine Hermes Bürgschaften
- nachdem Herrman Scheer politisch kaputt gemacht und andere aktive Atomkraftgegner kriminalisiert oder mundtot gemacht wurden, könnten wir jetzt die Regierung auffordern, sich bei den Atomkraftgegner dafür zu entschuldigen
- nicht nur vom Atom aussteigen, auch von der Kohle verabschieden. Stromsparen. Effizienzpotenziale ausschöpfen? Selbst dabei müssen wir den Verbrauch reduzieren
- individuelle Verzichtsforderung ? Verweis auf das Konzept des Kongresses JdW.
- Stromsparen ist in dem Papier komplett unter den Tisch gefallen. Wir kommen jetzt massiv in eine Diskussion über die sog. „Stromlücke“.
- mediales Problem. Wir sollen keine Ankündigungen machen, die wir u.U nicht einhalten können („in den nächsten Wochen und Monaten wollen wir bis zum Beschluss, alle Atomanlagen unverzüglich still zu legen, demonstrieren“).
- wir werden weiter an dieser Erklärung arbeiten. Begriff „Suffizienz“ hinein bringen, der auch in der Kongressvorbereitung diskutiert wird, worüber es allerdings keinen Konsens gibt
- wir sollten mögliche Ergebnisse des Kongresses (zum Thema Suffizienz) nicht vorwegnehmen.
- es ist nur ein Papier, Argumentationslinie: wir unterstützen die Antiatom-Bewegung

Ergebnis

Das Papier wird im Konsens verabschiedet

Stephan steht in Verbindung mit einem Japaner, der als Referent von Ortsgruppen eingeladen werden kann. Stephan schickt das Angebot über die Ratsliste.

Eberhard: Flyer und anderes von AG EKU erarbeitetes Material können für die Anti-Atomkraft Kampagne verwendet werden. Wer freie Kapazitäten hat und mitarbeiten möchte, bitte bei Eberhard melden.

1. Berichte über Kampagnen

1.1 Bankenwechsel-Kampagne

Präsentation von Jutta mit Folien (Inhalt siehe Anlage 3)

- einige Banken reagieren schon jetzt nervös
- parallele Kampagne von Urgewald: „Wie radioaktiv ist meine Bank?“
- Regulierung von Derivaten ist 2011 Thema auch auf EU Ebene; es soll Verlinkung stattfinden

1.2 Eurokrise.

Stephan hofft, ein Papier zur Eurokrise bis zum Ratschlag auszuarbeiten. Zur Zeit wird über die Südeuropäer gehetzt. Das Wort von Transferunion macht die Runde. Europa als Friedensprojekt viel stärker in den Vordergrund stellen. Sparpakete unterminieren die sozialen Standards. Nacht und Nebel Rettungsaktionen ohne Beteiligung der Parlamente.

- ⇒ es gibt eine Presseerklärung von attac zum Thema. Da wird [von Seiten der Mächtigen] eine Agenda vorbereitet, die dazu dient, politischen Widerstand zu zerschlagen
- ⇒ auf der European Network Academie of Social Movement (ENA) in Freiburg wird eine Vernetzung angestrebt

1.3 Projekt Demokratienotstand

Mike Pflugrath stellt das Projekt vor. Es geht darum, die verschiedenen Bewegungen gegen S21 und gegen örtliche Privatisierungsprojekte zu verlinken und eine Debatte um die Demokratisierung der Gesellschaft anzustoßen.

- am 29.03 gibt ein kleines Vernetzungstreffen mit attac, Lobby Control, Mehr Demokratie und andere Bewegungen im Haus der Demokratie in Berlin. Es gibt einen Entwurf eines Thesenpapiers von Attac. Das wird ein Themenstrang auf dem Frühjahrsratschlag. Geplant ist eine Versammlung in Herbst, sie soll den Start der Kampagne markieren
- die Demokratietagung in Stuttgart wurde von einigen Mitgliedern von Attac Stuttgart mit auf die Beine gestellt; nochmals einen Dank dafür
 - ⇒ war die weibliche Perspektive vertreten? – Nein - Bitte zukünftig gleich von Anfang an mit bedenken

1.4 Kampagne für eine Finanztransaktionssteuer

Input von Detlev: Wir kommen immer wieder ein Stück voran. EU-Parlament hat beschlossen, die FT-St. soll eingeführt werden. Die Staats- und Regierungschefs haben sich auch in diesem Sinne geäußert. Auch Spanien, Italien und Irland sind jetzt dafür. Vermutlich wird der Rat der Stadt Nürnberg demnächst beschließen, dass ein FT-Steuer eingeführt werden sollte, um die Finanzprobleme – insbesondere der Kommunen – zu verringern. In der CDU-Fraktion gewinnt das Thema immer mehr an Zustimmung. Alles nicht spektakulär, aber wir kommen an den Punkt, wo es passieren könnte. Wenn es beschlossen würde, dann haben wir einen kleinen Grund zu feiern, obwohl die neue Wirtschaftsordnung damit noch nicht angebrochen ist. Es gibt auch eine Aktionsgruppe, es gab Aktionen in Berlin und Frankfurt, zuletzt vor den Botschaften von Spanien, GB u.a. Staaten, die bisher blockiert haben. Die AktivistInnen wurden sofort weggejagt

- ⇒ Was bewirkt die Börsenfusion?
Banken und Börsen sind sowieso gegen die FT-Steuer. Es geht nur mit politischen Beschlüssen. Es gibt auch Banken auf unserer Seite: GLS Bank, Ethische Bank, kirchliche Banken
- ⇒ Sind wir vorbereitet für den Fall, dass die FT-Steuer tatsächlich kommt? Nicht dass die Deutungshoheit wieder bei anderen landet?
wir sind vorbereitet

1.5 Stuttgart 21

Die Demokratiefrage ist immer noch auf der Tagesordnung. Der aktive Kreis (einige hundert Leute) sind skeptisch. Grüne sind für ein Volksbegehren. Wir sind dagegen, weil das eine Angelegenheit der Stadt ist. Geplant ist ein Aktionscamp vom 20. - 24 Mai in Stuttgart. Thema: Widerstand, ziviler Ungehorsam sowie Themen und Workshops zu Demokratie, Ökologie, Klima, usw.

Alle Aspekte der hier geführten Demokratiedebatte finden sich in der Widerstandsbewegung in Stuttgart wieder. z.B. Wie man in Zukunft in Innenstädten leben will. Es gibt Fachgruppen, z.B. die der Ingenieure, die eigene Zeitungen heraus bringen. Auf der HP findet man genug Material.

Reisekampagne . Stresstest – Postkartenaktion. Der Fahrplan ist bundesweit orientiert, d.h. gleiche Themen wie die Bahnkampagne. Deshalb ist die Kampagne zu S21 bundesweit aufgestellt.

Das Projekt S21 ist momentan aus den Schlagzeilen verschwunden, hat aber massive bundesweite Bedeutung. Sie steht stellvertretend für die Hoffnung von vielen. Gerade deshalb auch großes Enttäuschungspotential.

⇒ es würde sehr begrüßt werden, wenn der KoKreis sein Votum dazu gibt, das Projekt „Baustopp selber machen“ finanziell zu unterstützen und dazu aufzurufen, dass man sich daran beteiligt

2. Berichte aus aktuellen Projekten

2.1 Kongresses Jenseits des Wachstum

- Flyer ist fertig, hier verteilt. Für Busse zum Kongress wird Unterstützung angeboten. Die Podien und Foren sind fast alle besetzt, ab nächster Woche im Internet. Viele Gruppen bieten Workshops an. Nächste Woche gehen die Bestätigungen raus. Fast alle AGs von attac haben Workshops angeboten
 - Ab Ostern in Berlin: Filmfestival zum Thema. Publik Forum als Medienpartner gewonnen. Es gibt auch ein Plakat. Bitte verteilen und Werbung für den Kongress machen. Auf dem Kongress erscheint Anfang April ein Basistext bei VSA und einen Sammelband
 - 38 Organisationen beteiligen sich als Unterstützer. Appell an alle vor Ort, den Kongress bekannt zu machen
 - 4 Organisationen (FES, HBS, OBS und RLS) sind Kooperationspartner, wir rechnen mit mindestens 1000 Teilnehmern
- ⇒ Wie kommen wir zu einer solidarischen Postwachstums-Ökonomie?
Es gibt unterschiedliche Positionen innerhalb von attac. In der Vorbereitung haben wir uns so verständigt, dass es funktioniert. In einer Reihe von Punkten mussten viele Kompromisse mit den Kooperationspartnern eingegangen werden, vor allem mit den 4 Stiftungen. Sehr mühsamer Prozess. In einer Reihe von Fällen sehr lange interne Diskussionen. Zum Teil haben sich Leute zurückgezogen. Die Bereitschaft, sich auf einen Prozess einzulassen war überhaupt groß. Nicht so bei den Bündnispartnern. Sie wollen Wachstum eher grün einfärben statt es zurückzunehmen. Eine Reihe von Attacies haben relativ frustriert diesen Prozess begleitet
- 10 Foren gestalten wir komplett allein. Großer Erfolg, dass wir es trotz aller Unterschiede geschafft haben, diesen Kongress auf die Beine zu stellen
 - es besteht die Befürchtung, dass die Debatte um Wachstumsrücknahme verschwindet, oder dass sie nur sehr verdeckt geführt wird. Was haben Arbeitszeitsverkürzung, BGE mit Postwachstum zu tun?
 - positiv dass die Bandbreite der Unterstützung so groß ist. Der Kongress wird

- die Grundlage für eine Debatte.
- ⇒ Sind Folgeaktionen geplant? Speakers Tour o.ä.?
 - ⇒ wir sind extrem an der Kapazitätsgrenze im Moment. Auf dem Ratschlag und auf der ENA wird das ein Thema sein.

2.2 Frühjahrsratschlag

Input Marlene: wir werden 5 Stunden haben, um parallel an Themenstränge zu arbeiten. Auf dem Ratschlag kann inhaltlich an Themen diskutiert werden, auch im Sinne der Vernetzung der Akteure. Danach 2 Stunden Plenum. Es werden ModeratorInnen gesucht. Sowie ein/e ProtokollführerIn; das dient unserer Transparenz nach außen.

- ⇒ es war überhaupt nicht selbstverständlich, dass dieser Ratschlag stattfindet, herzlichen Dank an die Vorbereitungsgruppe

3. Organisatorisches

3.1 Anerkennung der AG „Kommunen“

Thomas Eberhardt-Köster stellt die bisherige AG – Arbeit vor. Entstehungsgeschichte, Workshop auf dem Ratschlag in Düsseldorf, dann auf der Sommerakademie, dann auf dem Herbstratschlag. Es wurden 5 Punkte ausgearbeitet, wie Stopp des Ausverkaufs der kommunalen Infrastruktur durch Privatisierung und PPP, usw. (s. Antrag). Auch die Einrichtung einer Städte- und Gemeindekammer als gemeinsame Vertretung bei Gesetzen, die die Kommunen betreffen.

Veranstaltung „Kommunen in Not“ war gut besucht. 12 Personen haben Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit angeboten. Es gibt einen Basistext zum Thema Kommunen und Globalisierung. Projekte: HP, weitere Bildungsangebote, Zusammenarbeit mit den Ortsgruppen, Pressearbeit. Kampagnefähig? Schwierig. Eher längerfristige Arbeit am Thema. Sehr viele Gruppen arbeiten an kommunalen Themen. Großer Bedarf an ReferentInnen und Materialien.

Anmerkungen:

- Stichworte: Steuerdumping-Wettbewerb zwischen den Kommunen thematisieren
 - verzetteln wir uns nicht? Andererseits ist das Thema real und es gibt großes Interesse daran gegen Privatisierung und Ausverkauf.
- Aber wie soll es dann gemacht werden?
 - wir wollen nicht die alten Stadtwerke zurück, sondern neue Formen.
 - sehr viele Themen, Steuerfragen, Globalisierungsfragen...

Beschluss:

Die AG Kommunen wird im Konsens als bundesweite Attac AG anerkannt.

3.2 Wahl der Mitglieder des Rechtshilfefonds von Attac

Input Martin: Attac-Rechtshilfefonds hat eigene Satzung, steht außerhalb des Attac-Trägervereins und ist nicht gemeinnützig

Ziel: Aktive, die nach Aktionen im Namen von Attac belangt werden, finanziell zu unterstützen

Die bisherigen Mitglieder Marianne Wildberger, Jörg Schindler, Christine Starzmann und Martin Uebelacker stehen auch weiterhin zur Verfügung.

Beschluss:

Die Mitglieder des Rechtshilfefonds wurden im Konsens bestätigt

6.3 Ratschlag Herbst –Termin: wo?

Thomas Schulz, Vertreter von Attac Saarbrücken, wirbt für Saarbrücken als Ort 10 Jahren nach Gründung von Attac Saarbrücken.

Votum: positiv.

Stephan: Es hängt davon ab, ob wir eine Schule als Veranstaltungsort gewinnen können.

4. Sonstiges

4.1 Stellungnahme zu Geißlers Schlichtung im S21 Konflikt

Der Kokreis ist der Meinung, es genügt, dass Attac sich von Geißlers Mediation distanziert hat und die Stuttgarter Bewegung weiter unterstützt.

- wir sollen auch öffentlich mit ihm diskutieren, auch mit einem Mitglied der Linkspartei. Angebot in Halle. Seitdem Funkstille (von Geißler)
 - der Unmut ist zu groß, als dass wir das Thema unter den Tisch kehren dürften. Wir sollen den Fall klären.
- Man könnte mit ihm einen offenen Dialog führen. Wenn er es nicht macht, kann man das öffentlich machen.
 - ⇒ es gibt bei Attac keinen Konsens darüber
 - die CDU versucht, beide Linien zu besetzen, die Befürworter und die kritische Seite
- Wie kann man dem entgegen wirken?
 - es war Strategie, bei solchen sogenannten Mediationsverfahren sollte man zukünftig sehr vorsichtig sein
 - bezüglich der Rolle von Intellektuellen in politischen Prozessen wird das Buch „Befriedungsverbrechen“ empfohlen.
 - die Schlichtung in Stuttgart war keine Schlichtung. Es gab nur ein entweder oder und keinen Spielraum für Vermittlung; das ganze Projekt ist gesetzwidrig; für diese rechtswidrige Geschichte hat sich Geißler den demokratischen Mantel umgehängt.
- Attac ist nicht gleich zu setzen mit dem Agieren von Geißler
- wir können Geißler nicht ausschließen, sonst müssten wir viele andere auch ausschließen

Anlagen:

1. Tagesordnung
2. Leitfragen Rats-VG zum Schwerpunktthema
3. Kokreis-Papier: „Die atomare Renditejagd muss gestoppt werden“
4. Folien Bankenwechsel-Kampagne
5. Antrag auf Anerkennung der bundesweitern „AG Kommunen“

Anlage 1: Tagesordnung

Einladung und Tagesordnungsvorschlag zur Ratssitzung am 19.3.2011 zum Schwerpunktthema: "Neue Partizipationsformen und direkte Demokratie"

Ort: Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main, W-L-Saal A.

Zeit: 11.00 – 17.00 Uhr

- 11.00 Uhr Begrüßung
Vorstellung und Verabschiedung der Tagesordnung
Moderation: Andrea Vetter
Schwerpunktthema: " Neue Partizipationsformen und direkte Demokratie"
(s. dazu die Leitfragen der VG in der Anlage)
- 11.15 Uhr Input Alex Demirovic (wissenschaftl. Beirat)
- 11.30 Uhr Input: Daniel Schily (Mehr Demokratie e.V.)
- 11.45 Uhr Input: Oliver Richters (Transition Town)
- 12.00 Uhr Diskussion
- 13:30 Uhr Mittagspause

Moderation: Stephan Lindner, Roman Haug.
- 14:30 Uhr Lage in Japan (PM des Kokreises s. Anhang)
- 15.00 Uhr Aktuelle und geplante Kampagnen in attac:
- „anti-Atom“ (Eberhard Heise)
- „Bankwechsel-Kampagne“ (Input: Jutta Sundermann)
- "Euro-Krise" (Input: Stephan Lindner)
- „Demokratie-Notstand“ (Input: Mike Nagler)
- „Finanztransaktionssteuer“ (Detlev v. Larcher)
- „Stuttgart 21“ (Mike / Schorndorf)
- 15:30 Uhr Berichte:
- Stand: Vorbereitung des Wachstumskongresses (20.-22.5.2011)
- Stand: Vorbereitung des Frühjahrsratschlags (1.-3.4.2011 in Braunschweig)
- 16:00 Uhr Organisatorisches:
- Anerkennung einer neuen bundesweiten AG „Kommunen“ (Antrag liegt vor)
- Wahl der Mitglieder des Rechtshilfefonds
- Ort des Herbstratschlags (ein Antrag von attac-Saar liegt vor)
- 16.30 Uhr Verschiedenes
- Umgang mit dem Schiedsspruch von attac-Mitglied H. Geißler zu Stuttgart 21.
- internationalen Solidaritätstag mit dem Aufstand der arabischen und afrikanischen Völker am 20.3.2011.
<http://www.cl-netz.de/foren/cl.medien.allgemein/Sandimgetriebe:-SiG88-als-Linkliste-74238.html>

17.00 Uhr Ende

Im Anschluss an die Rats-Sitzung wird von 17.30 Uhr bis 20 Uhr wird eine Veranstaltung der AG Internationales stattfinden. Thema: „20.3. Internationaler Solidaritätstag mit dem Aufstand der arabischen und afrikanischen Völker“. Verschiedene ReferentInnen haben schon zugesagt (Magdy Gohary – ägyptischer Augenzeuge auf dem Tahir-Platz, Martin Glasenapp – medico international, Hamadi El Aouni – Tunesien). Die Veranstaltung findet am gleichen Ort im Gewerkschaftshaus statt.

Grüße!

Eure Rats-Vorbereitungsgruppe

Anlagen:

- Leitfragen der VG zum Schwerpunktthema
- Antrag auf Gründung einer neuen bundesweiten AG „Kommunen“
- Pressemitteilung des Kokreises zur Katastrophe in Japan
- Text von Franziska Wiethold (Verdi) als Anregung für die Diskussion des Schwerpunktthemas.

Anlage 2: Leitfragen der VG:

Leitfragen zur Ratsitzung am 19. März 2011

zum Schwerpunktthema:

“Neue Partizipationsformen und direkte Demokratie - “Demokratie heißt Einmischung in die eigenen Angelegenheiten”

Von vielen wurde die Debatte auf der Klausur des attac Rates am 20.-21.11.10 in Fulda als sehr inspirierend empfunden:

<http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/rat/protokolle/>.

An diese Debatte anknüpfend wird attac sich im Jahre 2011 mit dem Thema neuer Partizipationsformen und direkter Demokratie befassen, was aus mindestens drei Motiven herrührt:

Motiv 1: Stärkung der Zivilgesellschaft und offenkundig gewordene Krise der Repräsentation

Das Jahr 2011 beginnt mit mutigen Massen-Aufständen gegen anti-demokratische, vom “Westen” aber stets massiv gestützten Diktaturen vor allem in Nordafrika. Im Inland war das Jahr 2010 geprägt von einer Stärkung der Zivilgesellschaft mit den daraus resultierenden Chancen für soziale Bewegungen. Ursache hierfür ist nicht bloß eine gewisse Repolitisierung, sondern vor allem auch blanke Wut über den zunehmend von Lobby- Interessen und Technokraten geprägte “Polit-Maschinerie” in Parlamenten und Medien. Denn immer mehr gravierende Entscheidungen werden von enorm mächtigen Partikularinteressenträgern vorbereitet, und sodann von einer ca. 70% Mehrheit der Parlamentarier bloß noch "exekutiert" gegen eine ca. 70% Mehrheit in der Bevölkerung. Von einem "Repräsentation" kann da kaum noch die Rede sein. Eine Reaktion auf diese

Entwicklung ist die oft vage, z. T. aber auch sehr konkret formulierte Forderung nach mehr politischer Partizipation aus dem Munde sehr unterschiedlicher Akteure. Unser Anspruch sollte es sein in diesen Diskurs aktiv einzugreifen, und dabei Chancen und Risiken aus globalisierungskritischer Sicht zu analysieren.

Hieraus resultieren folgende Leitfragen für die Ratssitzung am 19.03.11:

- Welche (neue) Formen direkter Demokratie könnten geeignet sein Ergänzung, Korrektiv und/ oder Ersatz für das repräsentative System sein?
- Worin bestehen die "Fallen" auf dem Weg zu einer solchen Umgestaltung des bestehenden Systems und welche Lehren ziehen wir insbesondere aus den Schlichtungsverhandlungen in Stuttgart bzw. aus Erfahrungen anderenorts?
- Wie ist zu gewährleisten, dass plebiszitäre Verfahren nicht missbraucht werden z. B. zum Schüren von Ressentiments oder durch die (monitäre) Dominanz von bestimmten Interessengruppen?
- Welche Perspektiven und Risiken gehen einher mit den aktuellen Massen-Aufständen gegen anti-demokratische, oft neoliberale Despoten für eine eigene, demokratische Entwicklung sowie für die globale Wirtschafts- und Migrationspolitik?

Motiv 2: "peak oil, peak everything"- Demokratie in der Post-Wachstumsgesellschaft

Angesichts einer sich in strukturellen Krisen befindlichen Weltwirtschaftsordnung und vor allem aufgrund des wachsenden Raubbaus an allen Ressourcen ("peak oil, peak everything") werden wir 2011 versuchen u. a. auf unserem Kongress "Jenseits des Wachstums?! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben." vom 20-22. Mai 2011 TU Berlin <http://www.attac.de/aktuell/jenseits-des-wachstums/startseite/> auch neue gesellschaftliche Leitbilder zu entwickeln. Zu diesem zentralen attac Thema gehört auch die Untersuchung der Auswirkungen einer Verabschiedung vom Wachstumsimperativ auf Demokratie und gleichzeitig ihre Verteidigung in stürmischen Zeiten des Umbruchs und der Transformation .

Hieraus resultieren folgende Leitfragen für die Ratssitzung am 19.03.11:

- Welche Wechselwirkung hätte die notwendige Emanzipation vom Wachstumsimperativ durch "geordnetes Schrumpfen" mit Demokratie, wenn "wachstumsgenerierte Umverteilungsmasse" künftig ausbleibt?
- Können wir den Antidemokratischen, autoritären Kräften trotz der zu erwartenden gesellschaftlichen Verwerfungen auf dem Weg in das postfossiele Zeitalter überhaupt trotzen?
- Und wie ist der Dreiklang aus "Aufklärung, Humanismus und Demokratie" ohne Öl eigentlich künftig (auch auf globaler Ebene) herstellbar und mit unseren bisherigen Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie vereinbar?

Motiv 3: Attac Selbstverständnis

Bereits in der Selbstverständniserklärung von attac D aus 2001 spielt die Forderung nach globaler Demokratie für alle sowie die Verknüpfung dieser Forderung mit der sozialen und der ökologischen Frage eine entscheidende Rolle:

“Gesellschaftliche Veränderungen können nur demokratisch, d.h. durch die Teilnahme vieler Menschen erreicht werden.”

“Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.”

“ATTAC setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.”

http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/Regelsammlung_Attac_Stand_200509.pdf

Es ist also ein elementarer Grundkonsens von attac, dass wir demokratisch organisierte Willensbildungs- und Entscheidungsfindungs-Prozesse als ein zentrales Instrument begreifen, um unsere Forderungen zu realisieren. Und seit 2001 haben wir uns theoretisch und praktisch mit globaler Demokratie vielfältig befasst. Bloß beispielhaft können wir zurückgreifen auf folgende Materialien und attac-Diskurse der letzten Jahre:

<http://www.attac-netzwerk.de/ag-lateinamerika/wissensdatenbank/demokratie-und-eigentum/>

http://www.grundeinkommen-attac.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Genug_fuer_Alle/GSR/Demokratei%20%26%20Eigentum.rtf

<http://www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/kongress/thema-5-demokratie-im-globalen-kapitalismus/>

BITTE GGF: ERGÄNZEN ggf. Auch um einen link zu dem neuen Papier von Kay bzw. Der Projektgruppe “Demokratie-Notstand”?!?!

Hieraus resultieren folgende Leitfragen für die Ratssitzung am 19.03.11:

- Bedarf es einer Konkretisierung unserer Positionen insbesondere im Hinblick auf spezifische Verfahren zur Durchführung der Willensbildungs- und Entscheidungsfindungs-Prozesse (z. B. Kommunale BürgerInnen-Haushalte, Transition Towns-Projekte, bundesweite Volksabstimmungen etc.) sowie bezüglich künftiger attac Kampagnen?
- Welche (strategische) Bedeutung hat daneben die Frage nach einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft im Sinne von Mitbestimmung, solidarischer Ökonomie, Gemeingütern sowie Wiederaneignung?

Anlage 3: Kokreis-Papier zur atomaren Katastrophe in Japan:

von

Rat und Koordinierungskreis

von Attac Deutschland

19. März 2011



Die atomare Renditejagd muss gestoppt werden

Ausstieg jetzt!

Angesichts der Atomkatastrophe von Fukushima und des grenzenlosen Leids, das die lebensfeindliche Atomtechnologie jetzt über die Menschen in Japan bringt, fordert Attac erneut den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, hier und weltweit.

Attac beteiligt sich deshalb an den vielfältigen geplanten Protesten gegen die Atomenergie und ruft alle Menschen dazu auf, auf Mahnwachen und Großdemonstrationen, durch Unterschriftensammlungen, durch Aufklärung der Mitmenschen und weiteren Aktionen dazu beizutragen, dass der große Widerstand gegen diese zerstörerische Technologie den Ausstieg erzwingt.

Entgegen allen Beteuerungen von Bundesregierung und AtomlobbyistInnen geht die Mausechelei von Bundesregierung und Atomindustrie weiter - trotz aller massiven Sicherheitsprobleme, gefährlicher Störfälle und der ungelösten Endlager-Frage. Denn es geht um sehr hohe Gewinne der Energiekonzerne, ihrer AktionärInnen und der Banken. Ja, sogar die atomare Katastrophe in Japan bewegt die Bundesregierung und die Mehrheit im Bundestag nicht dazu, gegen die Macht der Energiekonzerne den sofortigen Ausstieg zu beschließen.

Auf der Jagd nach der größtmöglichen Rendite setzen Energie- und Wirtschaftskonzerne sowie GroßinvestorInnen und Banken skrupellos Menschenleben aufs Spiel. Und die AtomkraftbefürworterInnen in der Politik fördern bedenkenlos diese gefährliche Technologie. Sie lassen sich von den Stromkonzernen die Verträge diktieren und stellen als obersten Kontrolleur einen Vertreter der Energiekonzerne in Regierungsdienste.

Nicht nur das permanente Risiko eines Super-GAU's spricht für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Schon der Abbau von Uran beinhaltet schwere ökologische und soziale Schäden und die Frage der Endlagerung ist auf absehbare Zeit nicht gelöst. Das Festhalten an der Atomenergie blockiert die dringend nötige Energiewende.

Im großen Maßstab Strom sparen

Dabei ist die Atomenergie für die Stromversorgung weltweit entbehrlich. Ein kompletter Umstieg auf erneuerbare Energien ist schon jetzt möglich. Der gigantische Energieverbrauch der Industrienationen wird als gegeben und nicht hinterfragbar unterstellt. Dabei würde eine radikale Senkung des Verbrauchs von Energie und anderen Rohstoffen die Lebensqualität erhöhen. Auch durch höhere Effizienz bei der Nutzung von Energie lässt sich der Verbrauch um ein Drittel senken.

Eine ökologische Ökonomie ist nötig und möglich

Das Industrialisierungsmodell der letzten 200 Jahre ist an seine Grenzen gestoßen. Der Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie, deren Takt diktiert von der Profitmaximierung wird, muss überwunden werden. Wir brauchen stattdessen eine Ökonomie mit einem Minimum an Naturverbrauch. Wir brauchen eine alternative Wirtschaftsordnung und eine neue Kultur unserer Zivilisation.

Anders als die fossilen und atomaren Energien ermöglichen erneuerbare Energien, autonom und demokratisch bereitgestellt, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ohne Naturschäden. Sie machen eine ökologische Ökonomie möglich.

Energiekonzerne und Banken vergesellschaften

Attac kämpft für eine atomstromfreie und klimagerechte Welt auf der Basis erneuerbarer Energien und ohne Kohle- und Atomkraftwerke. Das ist nur gegen die Energiekonzerne durchzusetzen.

Deshalb müssen sie vergesellschaftet werden. Wir brauchen eine dezentrale und demokratisch kontrollierte Stromwirtschaft, z.B. in Form von Genossenschaften und öffentlichen Stadtwerken. Wir brauchen echte Energiedemokratie: Die BürgerInnen vor Ort müssen tatsächlich mitentscheiden können. Es ist Zeit für eine sozial gerechte, ökologische und demokratisch kontrollierte Energieversorgung – Zeit, den Stromkonzernen den Stecker zu ziehen!

Finanzmarktkapitalismus und die Politik der großen Energiekonzerne bedeuten Gewinne für wenige, Risiken aber für den Großteil der Menschen. Diese Parallelen sind nicht zufällig. Zur Profitmaximierung der AnteilseignerInnen von Banken und Konzernen werden Systeme verteidigt, die zu sozialen und ökologischen Katastrophen führen.

Banken dürfen unter keinen Umständen die Hochrisikotechnologie Atomenergie finanzieren. Und auch der Bund darf Atomprojekte im Ausland nicht weiterhin etwa durch Hermesbürgschaften unterstützen. Weil die rein profitorientierte Praxis bei den Banken wie bei anderen Finanzmarktakteuren auch hier System hat und sie kaum öffentlich kontrollierbar sind, müssen auch die Großbanken entmachtet und einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Das Ende des Atomzeitalters

Wir wollen keine Restlaufzeiten und Moratorien. Alle Atomkraftwerke in Deutschland müssen schnell und unwiderruflich abgeschaltet und abgebaut werden. Die Politik hat unser Vertrauen verloren. Die massenhaften Proteste gegen Stuttgart 21 und gegen die Atomenergie zeigen: Die Menschen lassen sich nicht mehr alles gefallen. Immer mehr nehmen ihre Interessen selbst in die Hand. In den nächsten Wochen und Monaten wollen wir bis zum Beschluss, alle Atomanlagen unverzüglich still zu legen, demonstrieren. Die ganz andere Energieversorgung erreichen wir nur mit aktivem Widerstand gegen die Atomriesen, GroßinvestorInnen, Banken und ihre Regierung.

Anlage 4: Folien Bankenwechsel-Kampagne:

Krötenwanderung: Bank wechseln – Politik verändern

Krötenwanderung jetzt!

Bank wechseln - Politik verändern

Eine Kampagne, weit über Konsumenten-Mobilisierung hinaus

„Der Bankencheck“

Unter der Lupe:

Deutsche Bank

Commerzbank

Postbank

Hypovereinsbank/Unicredit

Ing Diba

und

Sparkassen und Genossenschaftsbanken

sowie

GLS-Bank

Triodos-Bank

Umweltbank

Ethikbank

Krötenwanderung: Bank wechseln – Politik verändern

Die Negativ-Kriterien

5 gute Gründe, eine Bank zu verlassen:

Wegen Systemrelevanz mit Steuermilliarden gerettet (auch indirekt)

Niederlassungen und Zweckgesellschaften in Schattenfinanzplätzen (Steueroasen)

Geschäfte mit dem Hunger: Spekulation mit Agrarrohstoffen, Landgrabbing

Besonders erfolgreich bei der Politikbeeinflussung

Investitionen in Rüstungs- und Atomindustrie

Krötenwanderung: Bank wechseln – Politik verändern

Die wichtigsten strategischen Ansätze

Von der Postbank weggehen!

Seit Januar 2011 hat die Deutsche Bank die Mehrheit bei der Postbank.

Josef Ackermann braucht seit Basel III Privatkunden mehr denn je.

Wer aber will beim „Branchenprimus“ für Rüstungs- und Atomfinanzierung, für

Demokratie-Gefährdung und Geschäfte mit dem Hunger bleiben?

Viele Aktionen vor vielen Filialen!

Sparkassen und Volksbanken befragen

Sie könnten die besseren Banken sein: Druck machen per vielen Nachfragen. Wer eine lokal erreichbare Bank will, kann und soll hier tätig werden.

Protest – ja bitte!

Aktionen bei Hauptversammlungen – gegen den Atomwahnsinn

und wenn es z.B. um die Derivate-Regulierung in der EU geht!

Krötenwanderung: Bank wechseln – Politik verändern

So geht es jetzt weiter

Ende März fertig:

Die Hintergrundbroschüre und der Postbankflyer – ein tolles Plagiat

Im April:

Aufruf zu Aktionen vor Postbankfilialen

Im Mai:

Aktion bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank

Im Juni:

Thema kreativ beim Kirchentag und bei der Attac-Aktionsakademie

Schöne Aktionsform:

Bankwechselfestivals – auch mit ReferentInnen zu buchen

Krötenwanderung: Bank wechseln – Politik verändern

Anlage 4: Antrag auf Anerkennung der bundesweitern „AG Kommunen“

Antrag zum Attac-Rat am 19.03.2011 in Frankfurt

Antrag zum Rat März 2011 zur Anerkennung der bundesweiten AG Kommunen 1

Anerkennung des Arbeitszusammenhangs „Kommunen“ als bundesweite AG

Warum eine AG „Kommunen“?

Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen die Auswirkungen der Globalisierung und der neoliberalen Politik für viele Menschen deutlich erfahrbar werden. Wenn Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen werden, weil die Städte überschuldet sind, oder kommunale Infrastruktur verfällt, weil bei den Investitionen als erstes gespart wird, ist die Krise vor der Haustür angekommen. Wo die Krise erfahrbar wird, ist es auch möglich Widerstand zu organisieren. Deshalb sollten wir die Kommunen verstärkt ins Blickfeld unserer Arbeit nehmen. Wobei es nicht darum gehen, lokale statt globale Fragen zu bearbeiten, sondern vielmehr darum, die lokalen Auswirkungen der Krise mit den globalen Ursachen in Zusammenhang zu bringen und mit den globalen Kämpfen um ein gutes Leben zu

verknüpfen. Zumal die Lage der Städten und Gemeinde nur zu einem kleinen Teil auf kommunaler Ebene verbessert werden kann und Aktivitäten mindestens auch auf Bundes- und EU-Ebene nötig sein werden.

Wir fangen nicht von vorne an

Bereits seit einiger Zeit gibt es bei verschiedenen Attac-Regionalgruppen und auch auf Bundesebene Aktivitäten zum Thema Kommunalpolitik. Sei es, dass Attac-Gruppen sich gegen die Privatisierung kommunalen Eigentums engagieren, gegen lokale PPP-Projekte mobilisieren oder in Bündnissen gegen die Schließung von kommunalen Einrichtungen aktiv sind. Auf dem Ratschlag 2010 in Düsseldorf war deshalb auch die Situation in den Städten und Gemeinden Thema eines gut besuchten Workshops, der auf der Sommerakademie in Hamburg seine Fortsetzung fand. Auf dem Ratschlag wurde zudem eine Mailing-Liste ins Leben gerufen, über die sich die zu kommunalen Themen aktiven Gruppen und Einzelpersonen austauschen. Weitere Aktivitäten in diesem Zusammenhang waren die Erstellung eines Flyers und das ausgebuchte Seminar „Kommunen in Not – wir mischen uns ein“ im Februar 2011 in Frankfurt. Inzwischen ist auch eine AttacBasisText „Global denken – kommunal handeln“ erschienen. Im Flyer sind auch unter dem Punkt „Das 5-Punkte-Paket für lebendige Städte und Gemeinden“ unsere Forderungen formuliert:

- Stopp des Ausverkaufs der kommunalen Infrastruktur durch Privatisierung und PPP, statt dessen eine Stärkung und Rückgewinnung demokratischer Kontrolle über öffentliche Güter!
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer.
- Erhöhung des kommunalen Anteils am Gesamtsteueraufkommen von derzeit 12 Prozent auf 20 Prozent.
- Einführung eines BürgerInnen-Budgets, so dass die Menschen vor Ort mitbestimmen, was in ihrer Stadt oder Gemeinde geschieht.
- Einrichtung einer Städte- und Gemeindekammer, damit Kommunen endlich mitsprechen können, wenn es um Ihre Belange geht.

Der nächste Schritt: Gründung einer bundesweiten AG „Kommunen“

Antrag zum Attac-Rat am 19.03.2011 in Frankfurt

Antrag zum Rat März 2011 zur Anerkennung der bundesweiten AG Kommunen Bei der

Abschlussdiskussion auf dem Seminar „Kommunen in Not“ im Februar 2011 haben die Teilnehmer_innen verabredet, die bereits lose existierende Zusammenarbeit zum Thema Kommunen zu verstetigen und eine bundesweite AG dazu zu installieren. Zunächst soll es in der AG darum gehen,

- den Zusammenhang zwischen Globalisierung, neoliberaler Politik und prekärer finanzieller Situation der Kommunen deutlich machen,
- Alternativen für ein gutes Leben in den Städten und Gemeinden zu entwickeln,
- die lokale Aktivitäten der Attac-Regionalgruppen bundesweit zu vernetzen, gemeinsam Aktionsideen weiterentwickeln und weitere Erfahrungen mit lokalen Vernetzungen sammeln sowie
- Attac-Forderungen zum Thema auf Bundesebene zu entwickeln.

Als erste Schritte dazu wollen wir

- die Homepage zu Kommune-Aktivitäten ergänzen (Aktionshinweisen, Links zu guten Infos etc.) und pflegen,
- weitere Bildungsangebote, Seminare bei Attac-Veranstaltungen usw. organisieren,
- im Rahmen der Gruppenunterstützung eine Musterveranstaltung (incl. Vorschläge für Referent_innen) zum Thema für Attac-Gruppen erstellen,
- Pressearbeit machen, wenn in Sachen Krise der Kommunen oder Gemeindefinanzreform o.ä. wieder was passiert.

Es muss allerdings nicht alles neu erfunden werden. Bereits jetzt gibt es bundesweite AGs, die sich auch mit kommunalen Themen beschäftigen. Deshalb wird am Anfang der Aktivitäten der neuen AG der Kontakt zu den AGs stehen, die bereits zu kommunalen Themen arbeiten, um einerseits eine Bestandsaufnahme zu machen an der die weitere Arbeit anknüpfen kann und andererseits Doppelarbeit zu vermeiden.

Unterstützt wird der Antrag bisher unter anderem von:

Jutta Sundermann (Wolfenbüttel), Bernhard Gärtner (Ulm), Thomas Eberhardt-Köster (Düsseldorf), Volker Röske (Gleiszellen), Heinz-Jürgen Krug (Rüsselsheim), Peter Kasten (Göttingen) Horst Kraft (Düsseldorf), Michael Seeland (Bonn), Peter Diehl (Solingen).